Beschluss Sachsen auf dem Weg zur Energiesouveränität

Antragsteller*in:	Stanislav Elinson, Lea Fränzle, Marie Müser, Sandro Zimmermann, Olaf Horlbeck, Gerhard Liebscher, Mehmet Atci, Daniel Gerber, Denis Korn,Thorge Babbe, Claudia Kurzweg
Tagesordnungspunkt:	TOP 19 Weitere Anträge (V-Anträge)

Antragstext

Seit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 befinden wir uns inmitten einer Zeitenwende. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen verurteilen den vom Kreml ausgehenden Krieg auf das Schärfste.

Zugleich stehen wir angesichts immer weiterer Kriegsverbrechen und der Großoffensive der russischen Armee in der Ost- und Südukraine in der Verantwortung, politische Wege hin zu einem vollständigen Importstopp russischer Energieträger nach Europa zu ermöglichen. Die russische Invasion stellt eine Zäsur für Deutschland und Europa dar; außen- und sicherheitspolitisch, aber auch für die Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik.

Jetzt rächt sich, dass die Großen Koalitionen trotz der dauerhaften völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland seit 2014 Deutschland weiter in eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben.

Die Abhängigkeiten von Energieimporten aus Russland sind dabei nicht nur in Deutschland enorm, sondern stellen zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten vor große Herausforderungen. Es besteht die wesentliche Aufgabe, Importmengen aus russischen Quellen durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den Verbrauch zu reduzieren. Wir gehen damit den seit der Annexion der Krim und den anhaltenden Aggressionen im Osten der Ukraine von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestrebten Weg der energiewirtschaftlichen Unabhängigkeit von Russland weiter.

Zur Erhaltung der Versorgungssicherheit und Unterstützung der betroffenen Unternehmen in Sachsen fordern wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen folgende Initiativen.

Erdgas

Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon bis zum Ausbruch des Krieges in der Ukraine rund 55 Prozent aus Russland. Auf Grund dieser umfassenden Abhängigkeit bei Erdgas ist eine schnelle Diversifizierung der leitungsgebundenen Gasversorgung notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame Anstrengung der europäischen Gemeinschaft und eine Anpassung der vorhandenen Infrastruktur zu deren optimaler Ausnutzung. Mit verbindlichen Füllstandsvorgaben für die Wintermonate im Gasspeichergesetz ist bereits ein entscheidender Schritt unternommen worden, um die Speicherinfrastruktur im Sinne der Versorgungssicherheit optimal zu nutzen.

Wir begrüßen die derzeitigen Anstrengungen, (H2/ Green Gas-ready) LNG-Terminals in Deutschland zu errichten. Bei den neu entstehenden Lieferbeziehungen wollen wir darauf achten, dass diese nicht zu dauerhaften Lock-in-Effekten führen. Wo es zur Aufrechterhaltung industrieller Prozesse kurzfristig nötig und möglich ist, soll Erdgas mit klimaneutral hergestelltem Wasserstoff ersetzt werden. Dazu

fordern und fördern wir die Umstellung dieser Prozesse. Auch gilt es, Potenziale für Biogas zu evaluieren.

Wir begrüßen es, dass tagesaktuell branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf sächsische Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden. Auf der Grundlage der laufenden Analysen werden die Abhängigkeiten in den Lieferketten identifiziert und folglich alle direkt und indirekt systemrelevanten Prozesse abgeleitet. Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir kontinuierliche Energiedialoge der Grundversorgungsunternehmen mit den Großabnehmer*innen auf freiwilliger Basis über den gesetzlichen Standard hinaus für sinnvoll. Wir halten darüber hinaus die laufende Prüfung und Schaffung von geeigneten und zielgerichteten Hilfsmaßnahmen für energieintensive Unternehmen für notwendig.

Öl und Ölprodukte

Erdöl hat eine wesentliche Rolle als Treibstoff und zur stofflichen Nutzung unter anderem in der Chemieindustrie. Bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs hatte Deutschland eine Abhängigkeit von russischen Erdölimporten von ca. 35 Prozent. Dank erheblicher politischer Anstrengungen auf Bundesebene ist diese Importabhängigkeit innerhalb von wenigen Wochen auf nunmehr 12 Prozent gesunken.

Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen zeitnahen Importstopp derÖllieferungen aus Russland. Gerade vor dem Hintergrund der über die Druschba-Pipeline noch immer stark von russischen Öllieferungen abhängige Wirtschaft Ostdeutschlandsunterstützen wir die aktuellen Bemühungen der Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock und Gdańsk/Danzig.

Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs durch Privathaushalte setzen wir uns für ein Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der Fahrzeugbestand des ÖPNV muss zügig elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum durch bessere Taktungen und flexible Mobilitätskonzepte ausgebaut werden. Zur Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs sollten temporäre Radwege ins Straßennetz eingebunden und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und Haltepunkten eingerichtet werden. Zudem sollte der Einsatz von pedalierten oder elektrischen Leichtfahrzeugen für die letzte Meile durch Logistikunternehmen und Lieferdienste verstärkt gefördert werden.

Die Nutzung von Homeoffice sollte stärker als bisher gefördert und so Anreize zur Vermeidung von Geschäftsreisen geschaffen werden. Schließlich muss die preisliche Attraktivität von Bahn- gegenüber Flugreisen gesteigert werden, z.B. durch Einführung einer Energiesteuer auf Flugkerosin.

Zur Abfederung sozialer Härten braucht es einen Ausgleichsmechanismus für besonders betroffene Bevölkerungsgruppen. Bei finanziellen Maßnahmen für Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger Einkommen durch direkte Zahlungen zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten wir hingegen für wenig zielführend.

Kohle

In den letzten Wochen wurde die Abhängigkeit Deutschlands und Europas von Importen russischer Kohle bereits spürbar reduziert. Wir begrüßen alle Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, die Einigung der EU-Mitgliedstaaten

umzusetzen, bis Ende 2022gänzlich auf russische Steinkohle zu verzichten.An unserem Ziel, in Deutschland idealerweise bis 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen, halten wir als BÜNDNISGRÜNE fest.

Erneuerbare Energien

Wir sorgen dafür, dass der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien Auftrieb gewinnt undauch gesetzlich im überragenden öffentlichen Interesse liegt. Wir begrüßen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen auch in Sachsen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien umsetzen. Dies trägt auch zum Erhalt der eigenen Handlungsfähigkeit bei. Zudem wollen wir den Ausbau von Photovoltaik- und Windenergieanlagen, insbesondere bei der Länge der Genehmigungsverfahren, beschleunigen. Der Baubeginn der LNG-Terminals in Niedersachsen zeigt, wie schnell Maßnahmen zur Energieinfrastruktur angegangen werden können, wenn alle Planungsebenen mitziehen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen trägt entscheidend zurBeschleunigung vonGenehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien bei.

Unser Ziel ist es,für diese Aufgaben die Planungs- und Genehmigungsbehörden personell angemessen auszustatten. Auch sorgen wir dafür, den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien, vor allem über Bürgerenergiegesellschaften, weiter zu erleichtern.Wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen zusammen mit dem Handwerk und der Industrie Initiativen zur schnelleren Umsetzung der Energiewende auf den Weg bringen.

Neben den genannten Maßnahmen wollen wir durch Einsparungen und Effizienzsteigerung der Energiesouveränität näher kommen. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken.Besonderes Potenzial hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche Anpassungen im Gebäudesektor.Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Dies muss mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine sicherheitspolitische Zeitenwende in Europa. Energie- und wirtschaftspolitisch erfordert diese Zäsur, den durch die Bundesregierung eingeschlagenen Weg einer konsequenten Energiewende noch beherzter zu verfolgen. Damit leisten Sachsen und Deutschland ihren Beitrag zur Sicherung der gesamteuropäischen Energiesouveränität und Sicherheit.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.